Atomwaffen und nukleare Abrüstung: Stimmen aus dem Globalen Süden

„Wenn es einen Atomkrieg gibt, wird er in der nördlichen Hemisphäre stattfinden und von ihr aus geführt werden. Dort befinden sich die Atommächte. Aber alle Länder werden betroffen sein.“
Angelina P. Galang

Die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) ist eine globale Koalition von Nichtregierungsorganisationen, die für eine atomwaffenfreie Welt arbeiten.

Mit über 500 Partnerorganisationen in mehr als 100 Ländern haben wir am 22. Januar 2021 ein wichtiges Ziel erreicht: Der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen ist in Kraft getreten. In Deutschland setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesrepublik diesem Vertrag beitritt.

2017 wurde das internationale ICAN-Bündnis mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Veröffentlicht im März 2021
von ICAN Deutschland mit Unterstützung von Brot für die Welt
Redaktion: Anne Balzer (V.i.S.d.P.)

Herausgeber:
ICAN Deutschland
Kontakt: office@ican.berlin

Atomwaffen und nukleare Abrüstung

Atomwaffen sind keine Waffen der Vergangenheit. Sie beeinflussen die internationale Politik auch heute, dabei besitzt nur eine Minderheit der Staatengemeinschaft diese verheerenden Massenvernichtungswaffen. Die Stimmen der vielen Staaten, die Atomwaffen ablehnen, werden in den Debatten zur Nuklearwaffenpolitik zu selten gehört. Von den Folgen eines Atomwaffeneinsatzes wären sie jedoch ebenso betroffen.

Im Prozess zum Atomwaffenverbotsvertrag, der 2017 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde und am 22. Januar 2021 in Kraft getreten ist, haben die atomwaffenfreien Staaten ihre Stimmen erstmals geeint erhoben. Der Vertrag ächtet Atomwaffen aufgrund ihrer katastrophalen humanitären Folgen. Er erkennt u.a. an, dass Gesellschaften aus dem Globalen Süden und insbesondere indigene Gruppen ungleich stärker unter dem zur Herstellung von Atomwaffen notwendigen Uranabbau litten und leiden und dass die Zerstörung der natürlichen Umwelt auch heute ein Hindernis für die weitere Entwicklung der Regionen darstellt.

Mit den Stimmen der Autor*innen in diesem Heft wollen wir dazu beitragen, die Konfliktpotenziale, die noch immer von Nuklearwaffen ausgehen, offenzulegen und die Debatte um Atomwaffen zu diversifizieren.

1 **Nahrungs- und Gesundheitssicherheit:** Dr. Angelina P. Galang zur Perspektive der Philippinen

2 **Ein historisches Beispiel der Demilitarisierung:** Carlos Umaña über Costa Ricas Position in der internationalen Abrüstung

3 **Humanitäre Abrüstung und Sicherheit:** Linnet N‘gayu aus Kenia über die Einbindung religiöser Akteur*innen in Afrika

4 **Zwischen zwei Atomwaffenstaaten:** Nirmal Upreti zur Situation Nepals

5 **Erfolgreiche Ansätze zur nuklearen Abrüstung:** Rodrigue Muganwa Lubulu aus der Demokratischen Republik Kongo über den Kampf für eine atomwaffenfreie Welt

6 **Die „kleinen“ Pazifischen Inseln:** Vanessa Griffen über Empowerment und die Rolle der marginalisierten Staaten bei der nuklearen Abrü-stung und beim Voranbringen des Atomwaffenverbots

1. NAHRUNGS- UND GESUNDHEITSSICHERHEIT

Dr. Angelina P. Galang zur Perspektive der Philippinen

In jeder Krise ist Ernährung unsere oberste Priorität. Das gilt besonders in einem Entwicklungsland wie den Philippinen, wo viele von einem Tagelohn leben – ohne Vorräte oder Puffer, die sie bräuchten, um sich in schwierigen Zeiten zu versorgen. Wenn starke Taifune, Überschwemmungen oder Dürren zuschlagen, springen nicht betroffene Teile des Landes ihren leidenden Schwestern und Brüdern bei. In wirklich schweren Zeiten kommen andere Nationen zur Hilfe. Dies ist möglich, weil es auf der Welt genügend Nahrungsmittel gibt, um die Menschheit zu ernähren. Die ungleiche Verteilung des Reichtums, die vielen die Möglichkeit nimmt, Lebensmittel zu kaufen, führt in großen Teilen der Welt dazu, dass Menschen Hunger leiden müssen.

Aber falls und wenn es zu einem Atomkrieg kommt, ist die Situation eine ganz andere. Es wird an Nahrungsmitteln mangeln und es wird keine Hilfe kommen, weil die Hungersnot nicht lokal beschränkt sein wird. Denn radioaktive Atomisotope und Materialien, die bei der Spaltung von Uran oder Plutonium in der Bombe entstehen, werden überall verstreut sein. Sie werden auf dem Boden und auf Pflanzen landen. Die Pflanzen werden sowohl durch Radioaktivität auf der Oberfläche der Blätter, als auch durch die Aufnahme radioaktiver Nuklide aus dem Boden kontaminiert werden. Die Radioaktivität wird sich über die gesamte Nahrungskette und das Nahrungsnetz ausbreiten. In den meisten Szenarien kommt es zum Einsatz mehrerer Bomben durch die beteiligten Akteure.

Doch man rechnet damit, dass schon bei der Explosion von nur 50 Bomben genügend Ruß in die Atmosphäre geschleudert wird, um eine Rußdecke um den Globus zu bilden. Dabei spielen die atmosphärischen Strömungen, die den Ruß verteilen, eine wichtige Rolle. Diese Rußdecke würde verhindern, dass ein großer Teil des Sonnenlichts die Erdoberfläche erreicht. Dadurch verringert sich die Photosynthese, welche die Grundlage der Nahrungsmittelproduktion ist. Auch das marine Phytoplankton wird dezimiert und Länder wie die Philippinen, die für einen Großteil ihrer Ernährung auf Fisch angewiesen sind, wären somit stark betroffen.

Der Mangel an Sonnenlicht wird eine extreme Abkühlung und einen sogenannten „nuklearen Winter“ verursachen. Die Schätzungen gehen auseinander, aber ein sehr wahrscheinliches Szenario ist, dass es sich um mehr als zehn Grad abkühlen wird. Während diese Temperatursenkung für Menschen in mittleren Brei-

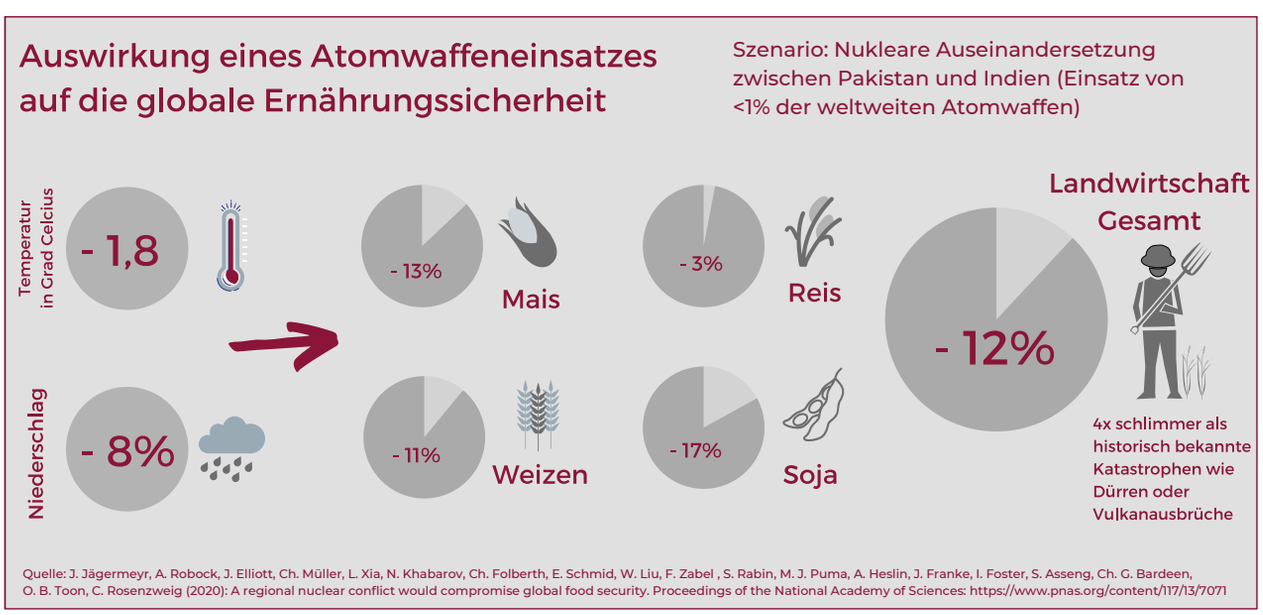
ten wie Deutschland nicht außergewöhnlich ist, tritt der nukleare Winter abrupt ein – es gibt keinen normalen, allmählichen Übergang von einer Jahreszeit zur anderen. Die Pflanzen werden nicht in der Lage sein, sich so plötzlich anzupassen. In tropischen Gegenden wie den Philippinen, wo die Pflanzen niemals eisigen Temperaturen ausgesetzt sind, ist dies noch weniger der Fall. Darüber hinaus wird die Spaltungsexplosion große Mengen Stickstoffmonoxid (NO) produzieren. Es erreicht die Ozonschicht in der Stratosphäre und greift die Ozonmoleküle an. Dies wird die Funktion der Ozonschicht stören, die das Eindringen von ultravioletten Strahlen in die Erde verhindern soll. Ein sogenannter „ultravioletter Frühling“ wird entstehen. Durch die Kälte, den Mangel an Sonnenlicht und übermäßige UV-Strahlung werden die Pflanzen aufhören, Samen zu produzieren, zu blühen, zu wachsen und sie werden anfälliger für Schädlinge sein. Feldfrüchte, Fischerei, Wälder und alle anderen Ökosysteme werden ebenfalls betroffen sein. Unsere natürlichen Nahrungsquellen und die Landwirtschaft, wie wir sie kennen, werden versagen.

Im Zusammenhang mit einem Atomkrieg ist es fast irrelevant, über Gesundheit zu sprechen, denn es geht um das nackte Überleben. Die Auswirkungen der Bomben werden schrecklich sein. Die Explosion, die extreme Hitze, die ionisierende Strahlung, die Umweltverschmutzung – all das wird zu Verbrennungen führen – mindestens zu Ganzkörperverbrennungen und schlimmer noch, zum Tod durch Verbrennung. Früher

Foto: Pixabay

oder später werden Krebserkrankungen auftreten. Kinder und ungeborenes Leben werden am stärksten betroffen sein. Zu den Auswirkungen gehören Leukämie, verlangsamtes Wachstum, geistige Retardierung und ein geschwächtes Immunsystem. Auch die biologischen Fortpflanzungsmechanismen werden nicht verschont bleiben, so dass die nachfolgenden Generationen ebenfalls betroffen sind.

Es hat noch nie einen Atomkrieg gegeben, aber es wurden Bomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen und im Zuge des Kalten Krieges Atombomben getestet. Die USA testeten hauptsächlich im US-Bundesstaat Nevada, während die UdSSR vor allem in Kasachstan Versuche startete. Die USA setzten auch im Golfkrieg Bomben ein, bei denen es sich zwar nicht um Spaltbomben, aber dennoch um mit Uran gespickte Bomben han-



delte. Es handelte sich um sogenanntes abgereichertes Uran, aber es war immer noch Uran und daher radioaktiv. Es gab auch Kernschmelzen von Kernreaktoren, von denen die Unfälle von Tschernobyl und Fukushima die schlimmsten sind. Kernreaktoren sind kontrollierte Atombomben. Wenn die Kontrollen versagen, wirken die Kernschmelzen wie Atombombenexplosionen. Aus den Tests und den Kernschmelzen konnten wir einen Teil dessen erahnen, was passiert, wenn ein atomar bewaffneter Staat einen Erstschlag ausführt und sein Gegner Vergeltungsmaßnahmen ergreift.

Foto: Pixabay

Genpatsu Dome, Hiroshima

In Hiroshima starben in jenem Jahr 170.000 Menschen. In Nagasaki waren es 74.000. In Kasachstan ist die Krebsrate 30 Prozent höher als normal. Beim US-Testgelände in Nevada lag die Leukämierate in den Gebieten in Windrichtung („down wind“) im Zeitraum von 1950 bis 1969 bei 143 Prozent des Landesdurchschnitts. Die Leukämierate bei Kindern war 2,5-mal so hoch wie im Landesdurchschnitt. Durch den Unfall von Tschernobyl wurden große Teil der Ukraine und Weißrusslands sowie ganz Europa stark kontaminiert, mit großen Auswirkungen in Skandinavien. Die Katastrophe von Fukushima verseuchte Reis, der viele Kilometer vom Reaktorstandort entfernt angebaut wurde. Der nukleare Club setzt sich aus den Atomwaffenstaaten zusammen: Russland, die USA, Frankreich, China, das Vereinigte Königreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Sie verfügen über Arsenale, die einem die Tränen in die Augen treiben. Die Macht ihrer Sprengköpfe ist unvorstellbar. Im Vergleich zu heute verfügbaren Bomben waren die Atombomben von Hiroshima (mit einem Äquivalent von etwa 15 Kilotonnen des Sprengstoffs TNT) und von Nagasaki (Äquivalent von etwa 21 Kilotonnen TNT) harmlos. Die durchschnittliche Sprengkraft der US-Bomben im aktiven Dienst entspricht 1.200 Kilotonnen TNT – sie sind damit 60mal so stark wie die auf Hiroshima abgeworfene Bombe. Dabei sind noch leistungsfähigere Bomben getestet worden: Die bisher größte entsprach 50.000 Kilotonnen TNT! Ein Atomkrieg würde gegenseitig zugesicherte Zerstörung bedeuten. Niemand würde gewinnen, es gäbe nur Verlierer*innen.

Wenn es einen Atomkrieg gibt, wird er in der nördlichen Hemisphäre stattfinden und von der nördlichen Hemisphäre aus geführt werden. Dort befinden sich die Atommächte. Aber alle Länder werden betroffen sein. Länder, die nicht nuklear bewaffnet sind, werden ebenso betroffen sein wie Staaten, die weit von den kriegführenden Nationen entfernt sind, wie zum Beispiel die Philippinen. Die Begründung, die für solche Bestände an Massenvernichtungswaffen gegeben wird, lautet: Niemand würde es wagen, einen Atomkrieg anzufangen. Aber ist das die Garantie für den Frieden in der Welt? Wenn nur ein einziger feindseliger, unverantwortlicher Führer den Finger auf den roten Knopf legt, wird es sicherlich Vergeltungsmaßnahmen geben. Es wird das Ende der Gesundheits- und Ernährungssicherheit der Menschen und sogar das Ende der Zivilisation, wie wir sie kennen, bedeuten – zumindest für eine lange Zeit. Die wahre Antwort auf Unsicherheit besteht darin, Frieden, Mitgefühl und Gleichheit zu fördern, damit kein Krieg entsteht – egal welcher Art. Auf keinen Fall ein Atomkrieg!

Dr. Angelina P. Galang ist Präsidentin der „Green Convergence Coalition“ und repräsentiert das „Philippine Network of Educators for the Environment“. In ihrer Arbeit verbindet sie den Einsatz gegen Atomenergie mit dem Engagement gegen Atomwaffen.

Quellen:

Sarah Derouin, 27 September 2019 in: „Atmospheric Science“, https://eos.org/articles/nuclear-winter-may-bring-a-decade-of-destruction

Edwards, Mike, “Lethal Legacy”, in National Geographic, 1994. Washington D.CF.: National Geographic Society

Ehrlich Anne H. and John W. Burks, eds, Hidden Dangers, 1990. S.F.: Sierra Club Books

Federation of American Scientists 2015

McDonagh, Sean. Fukushima, 2012. Dublin: The Columban Press
The Stockholm International Peace Research Institute, 2006

Thurlow, Setsuko, A Long Jouirney in SGI Quarterly, July, 2015. Tokyo: Soka Gakkai International

2. EIN HISTORISCHES BEISPIEL DER DEMILITARISIERUNG

Carlos Umaña über Costa Ricas Position in der internationalen Abrüstung

Costa Rica hat es geschafft, sich als ein Land in Frieden zu etablieren und das in einer Region, die zu den konfliktreichsten der Welt zählt. Die positiven Entwicklungen des Landes sind an der hohen Alphabetisierungsrate von 98 Prozent, einer hohen Lebenserwartung von durchschnittlich 80,1 Jahren und neuerdings auch an der Spitzenplatzierung im „Happy Planet Index“[1] zu erkennen.

Der Begriff „Frieden“ ist hier allgegenwärtig. In Costa Rica befindet sich die University of Peace und es gibt ein Ministerium für Frieden und Gerechtigkeit. Außerdem wurde Frieden als Menschenrecht anerkannt und Costa Ricas Diplomatie beinhaltet eine proaktive Haltung für progressiven Frieden, Abrüstung und klimapolitische Regelungen. Der zweimalige Präsident Costa Ricas Óscar Arias Sánchez verfasste 1986 einen Friedensplan. Dieser half, das von Krieg geprägte Mittelamerika zu einen. Dafür erhielt Arias Sánchez 1987 den Friedensnobelpreis. Costa Rica ist ein großer Befürworter des Vertrags über den Waffenhandel (Arms Trade Treaty) und hat bei dessen Entstehungs- und Verhandlungsprozess eine wichtige Rolle gespielt. Im Bereich der nuklearen Abrüstung initiierte Costa Rica gemeinsam mit Malaysia 1997 ein Konzept für eine Atomwaffenkonvention. Seither ist es eine treibende Kraft bei den Anstrengungen zu nukearer Abrüstung: Als Mitglied der sieben Staaten umfassenden Kerngruppe initiierte Costa Rica den Prozess zum Atomwaffenverbotsvertrag. Diplomat*innen aus Costa Rica haben bei Abrüstungsbemühungen vermehrt eine führende Rolle eingenommen. Beispielsweise wurde die erste Offene Arbeitsgruppe der UN zur nuklearen Abrüstung (2013) von Botschafterin Ana Teresa Dengo Benavides und die Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag von Botschafterin Elayne Whyte Gómez geleitet. Außerdem nahm Costa Rica eine wichtige Rolle in internationalen klimapolitischen Prozessen ein, beispielsweise mit der Leitung der Verhandlungen zum Pariser Klimaabkommen 2015 durch Christiana Figueres.

Costa Rica ist ein demilitarisierter Staat – bekannt dafür, dass er die Armee abgeschafft hat. Dies beeinflusst die vielfältigen diplomatischen Anstrengungen für Frieden in der internationalen Politik. Dieser Zustand trägt maßgeblich zur Neudefinition des Sicherheitsbegriffs bei und beeinflusst, wie internationale Beziehungen

1 http://happyplanetindex.org

Foto: Rodrigo Fernández / CC BY-SA 2.0

Erinnerung an Juan Santamaría: Mauerbild im Parque Santamaría in Abuela.

vollzogen werden und welches Staatsverständnis sich entwickelt. Costa Rica hinterfragt die Vorstellung, dass ein demilitarisiertes Land schwach und abhängig sei. Es wandelt auch das kollektive Denken zur Beziehung zwischen den Menschen und ihrer Regierung, zu ihren Nachbarn und wie sie sich selbst wahrnehmen.

Die Abschaffung der Armee war ein mutiger Schritt, insbesondere in den 1940er Jahren. Dieser Schritt stellte sich gegen die Vorstellung der Welt wie Sicherheit zu gewährleisten wäre. Manche meinten, dass Costa Rica unter diesen Umständen ein leichtes Opfer darstelle – für jene, die es einnehmen wollen. Nach fast 72 Jahren ist dies nicht passiert. Stattdessen hebt sich Costa Rica durch eine besondere Sicherheitspolitik von der restlichen Welt ab.

Demilitarisierung

Dazu muss erwähnt werden, dass Costa Rica nie eine stark militärisch geprägte Kultur hatte. Die Unabhängigkeit wurde nicht kriegerisch erkämpft, sondern Costa Rica profitierte von dem Unabhängigkeitskrieg zwischen Mexiko und Spanien. An dessen Ende wurde die gesamte zentralamerikanische Föderation 1821 autonom. Im Vergleich zu anderen Teilen der sogenannten „Neuen Welt“ sind in Costa Rica keine reichen Ressourcen an Gold oder anderen Rohstoffen vorhanden, welche die kolonisierenden Siedler*innen suchten. So blieben diese selbst vergleichsweise arm und hatten keine Sklaven*innen oder Diener*innen. Die Siedler*innen benötigten und bearbeiteten fruchtbares Land zum Aufbau der Kolonie. Die Eigenschaften von Land und Klima erwiesen sich als günstig für die Landwirtschaft. Deshalb wurden Produkte wie Kaffee oder Bananen aus Costa Rica im 19. Jahrhundert erfolgreich gehandelt. Während in anderen lateinamerikanischen Ländern eine militärische Laufbahn zu sozialem Aufstieg verhalf, fokussierte man sich in Costa Rica auf die Arbeit auf den vielversprechenden Plantagen. Aus diesem Grund war die Figur des*der Bäuer*in auch vor der Abschaffung des Militärs allgegenwärtiger als die des Soldaten. Dies zeigte sich umso mehr, als im Jahr 1856 die militärische Gruppe der Filibuster aus den USA Land in Mittelamerika besetzte.

Als diese Gruppe Costa Rica erreichte, hatten sie schon alle anderen mittelamerikanischen Länder geplündert. Die costaricanische Armee war zu diesem Zeitpunkt sehr klein und zum großen Teil verteidigten Bauern das Land. Eine Legende spricht über den Bauersjungen Juan Santamaría, der während einer Auseinandersetzung verschwand und das Hauptquartier der Filibuster abbrannte. Zu Held*innen wurden damit nicht die Soldaten, sondern die Bäuer*innen. Der Sieg galt nicht einer Armee, sondern den Menschen. Juan Santamaría wurde zur Symbolfigur Costa Ricas – als Gemeinschaft, die über sich hinauswächst, um ihr Land zu verteidigen. 1944, fast 100 Jahre später, wurde durch mehrere progressive Sozialreformen ein starkes Sozial-

system etabliert. Dieses beinhaltete unter anderem ein Gesundheitssystem unter den Prinzipien von Universalität, Solidarität und Gleichberechtigung. Umfangreiche Arbeitsrechtsreformen sowie verpflichtende und universelle primäre Schulbildung und ein öffentliches Hochschulsystem wurden etabliert. Dies geschah jedoch unter der Regierung der pro-kommunistischen autoritären Partido Republicano Nacional, welche die Wahlen 1948 für ungültig erklärte, da das Ergebnis ihnen schadete. Dieser Konflikt führte zu einem viermonatigen Bürgerkrieg, nach dessen Ende der Oppositionsführer José Figueres Ferrer zum Präsidenten erklärt wurde.

Unter Figueres‘ Regierung wurde die Armee abgeschafft und die progressiven sozialen Reformen fortgesetzt. Diese Entscheidungen wurden von vielen als pragmatisches Vorgehen bewertet. Einerseits gewann Figueres durch die Unterstützung externer Militärverbündeter und interner neoliberaler Kräfte, die gegen die sozialen Reformen waren. Ohne eine eigene Armee, die in internationalen Konflikten eine Seite einnehmen kann, musste er nie eine militärische Gegenleistung erbringen. Die Abschaffung des Militärs bedeutet auch einen möglichen Kontrahenten weniger und somit eine geringere Wahrscheinlichkeit eines Coups. Gleichzeitig verhinderte sie eine mögliche Intervention mit Regime Change durch die USA, die zur damaligen Zeit für Costa Rica sehr wahrscheinlich war. Die Demilitarisierung fand große Akzeptanz bei der Bevölkerung, weil autoritäre Strukturen und Konflikte so vermieden werden konnten. „Frieden und Entwicklung“ wurden die zentralen Grundlagen von Figueres‘ Mandat. Das Regieren durch militärische Gewaltausübung sollte nie wieder eine Option sein. International wurde dieser Wandel als riskant eingeschätzt, da sich das Land potentiell als schwach darstellt. Costa Rica begann, seine Außenpolitik einzig auf Diplomatie und die Beziehungen zu anderen Staaten auszurichten. Das Land verschrieb sich der Akzeptanz des internationalen Rechtsystems als einziger Schutzmaßnahme. Es hatte auch kaum eine andere Wahl. So wurde die Friedenspolitik zentraler Bestandteil costaricanischer Regierungen und auch der Identität jedes und jeder Einzelnen.

Im nationalen Kontext bedeutet die Abschaffung der Armee, dass mehr Ressourcen im Gesundheits- und Bildungsbereich eingesetzt werden können. Der Großteil der finanziellen Mittel wurde genutzt, um die Alphabetisierung der Bevölkerung voranzutreiben sowie Bildung und Zugang zum Gesundheitswesen als Recht zu etablieren. Debatten um das Militär mussten nun nicht mehr geführt werden. Die Aufmerksamkeit, Zeit und Energie von politischen Debatten kann anderen Themen gewidmet werden. Dadurch wurden Anliegen und Programme gefördert, wie etwa ambitionierte klimapolitische Regulierungen und Maßnahmen zum Schutz der Umwelt. Beispielsweise sind 52 Prozent von Costa Ricas Landfläche Wald, 25 Prozent Nationalparks und Ökotourismus ist ein wachsender Industriezweig. Costa Ricas Energie kommt fast ausschließlich aus erneuerbaren Quellen. Es soll jedoch erwähnt werden, dass das Land nicht vollkommen frei von internationalen Konflikten war. So kamen in den letzten Jahren mehrere Konflikte an der Grenze zu und mit dem nördlichen Nachbarn Nicaragua auf. Diese wurden jedoch alle am Internationalen Gerichtshof beigelegt. Wäre Costa Rica ein militarisiertes Land, so hätte der Umgang mit Konflikten sicher anders ausgesehen.

Frieden neu definieren

Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Konflikten, sondern die gewaltfreie Lösung von Konflikten. Drohungen und Machtdemonstration zu nutzen, um „Frieden zu wahren“, ist kein wirklicher Frieden. Einerseits sind Drohungen nur solange ein wirkungsvolles Mittel,

wie die andere Seite abgeschreckt ist. Diese Vorstellung von Frieden stößt an ihre Grenzen, wenn die Argumentation der Abschreckung an Glaubwürdigkeit verliert. Wenn Spannungen bestehen, kann die Abwesenheit von Konflikten nicht wirklich als Frieden bezeichnet werden. Wenn Menschen unter immerwährender Androhung und Angst leben, besteht weiterhin Gewalt. Wie könnte es auch anders sein unter den vorherrschenden militärischen Strukturen, deren Existenz eine permanente Machtdemonstration erwartet? Natürlich bringt Demilitarisierung auch Herausforderungen mit sich. Trotzdem ist es nicht zu übersehen, welchen positiven Effekt es in den letzten Jahrzehnten auf die Entwicklung des Landes hatte. Costa Rica ist ein Beispiel dafür, dass Sicherheit nicht automatisch Militär erfordert. Wenn wir betrachten, wie viele Konflikte durch Militarisierung hervorgerufen und befördert wurden, dann zeigt das, dass das Militär nicht nur die Rolle übernimmt, uns vor Gefahren zu schützen, sondern auch selbst zur Gefahr werden kann.

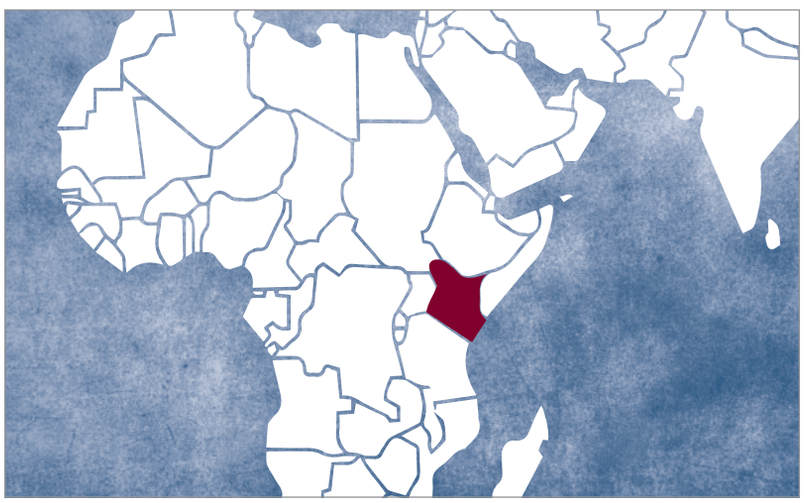
Die Covid19-Pandemie hat die Verwundbarkeit vieler Gesellschaften aufgezeigt. Jetzt hinterfragen wir auch das dominante Konzept von Sicherheit. Viele Menschenleben fielen der Pandemie schon zum Opfer, Menschen haben ihre Arbeitsplätze oder ihr Zuhause verloren. Konnte das Militär sie davor schützen? Wie helfen die Milliarden Dollar an Investition in teure Waffensysteme den Kranken, Arbeitslosen und Obdachlosen? Wie verhindern diese Prioritäten die tödlichen Folgen eines Virus? Die Staaten, welche die Pandemie gut bewältigen, sind Staaten, die finanzielle Ressourcen und Aufmerksamkeit in das Gesundheits- und Bildungssystem und sozialpolitische Maßnahmen investiert haben. Fortschritt braucht Frieden und wirklicher Frieden ist unter Zwang und Drohungen nicht möglich, sondern nur mit einer Kultur von Kooperation, Akzeptanz und Inklusion. Frieden wird mit der Zeit möglich, wenn eine starke demokratische Struktur etabliert ist. Dies gelingt durch eine Politik, die die Würde des Menschen achtet, indem sie Zugang zu einem Gesundheits- und Bildungssystem bereitstellt und alle Grundbedürfnisse sichert.

Ein gemeinschaftliches Miteinander und Rechtsstaatlichkeit sind umso wichtiger in einer Welt, welche immer vernetzter ist und in der das Recht des Stärkeren immer irrelevanter wird. Der Fortschritt der gesamten Menschheit ist bestimmt durch Bildung, Kooperation und Inklusion. Wenn wir den Klimawandel und Atomwaffen, die zwei menschengemachten existentiellen Bedrohungen, überstehen wollen, dann müssen wir die Bedeutung von Frieden ernst nehmen und wirklichem Frieden eine Chance geben.

Carlos Umaña ist Präsident der IPPNW Costa Rica. Er ist ehemaliger Gesundheitsbeauftragter des costaricanischen Gesundheitsministeriums und Facharzt für Geburtshilfe und Gynäkologie. Mit dem costaricanischen Außenministerium und anderen lokalen, regionalen und globalen Organisationen engagiert er sich für nukleare Abrüstung.

3. HUMANITÄRE ABRÜSTUNG UND SICHERHEIT

Linnet Ng‘ayu über die Einbindung religiöser Akteur*innen in Afrika



Der African Council of Religious Leaders (ACRL), Teil der globalen Initiative „Religions for Peace“, engagiert sich in Afrika sowie darüber hinaus für humanitäre Abrüstung. Bei den Verhandlungen für das Atomwaffenverbot hat die Organisation eine wichtige Rolle gespielt. Wir haben Linnet Loise Wairimu Ng‘ayu interviewt. Sie nahm 2017 bei den Vereinten Nationen an den Verhandlungen zum Atomwaffenverbot teil.

Wie arbeiten die interreligiösen Räte in Afrika?

Unsere Vision ist es, religiöse Führungspersonen und ihre Gemeinschaften zu mobilisieren, um friedliche, gerechte, hoffnungsvolle und harmonische Gesellschaften in Afrika aufzubauen. Aus diesem Grund gibt es in 31 afrikanischen Ländern nationale, interreligiöse Räte („Interreligious Councils“). Wir arbeiten sowohl auf lokaler und regionaler als auch auf transnationaler Ebene. Jede Religion hat ihre eigene Lehre, aber wir teilen alle die gleichen Werte. Religions for Peace bietet den Räten Beratung zu Themen wie Frieden und Sicherheit oder dem Schutz der Erde.

Was bedeutet humanitäre Abrüstung in Afrika?

Da Afrika eine atomwaffenfreie Zone ist, ging es bei der humanitären Abrüstung in Afrika bis jetzt oft vorrangig darum, den Handel mit Kleinwaffen und den Einsatz konventioneller Waffen einzuschränken. Der Vertrag über die atomwaffenfreie Zone in Afrika – der Vertrag von Pelindaba – wurde 1996 unterzeichnet und ist mit der 28. Ratifizierung am 15. Juli 2009 in Kraft getreten. 52 afrikanische Staaten haben diesen Vertrag unterzeichnet, 42 haben ihn ratifiziert – während der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (AVV) bisher von 20 afrikanischen Staaten unterzeichnet wurde und neun ihn ratifiziert haben: Benin, Botswana, Cap Verde, die Komoren, Lesotho, Namibia, Nigeria, Südafrika und Gambia. (Stand März 2021)

Warum sind es gerade religiöse Akteur*innen, die an atomarer Abrüstung interessiert sein sollten?

80 Prozent der afrikanischen Bevölkerung sind gläubig. Unabhängig von der Religion fordern eigentlich alle religiösen Lehren Gläubige auf, die Schöpfung zu

Links: Die neun Atomwaffenstaaten USA, Russland, China, Vereinigtes Königreich, Frankreich, Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea
Rechts: Atomwaffenfreie Zonen, die in völkerrechtlichen Verträgen festgehalten sind.

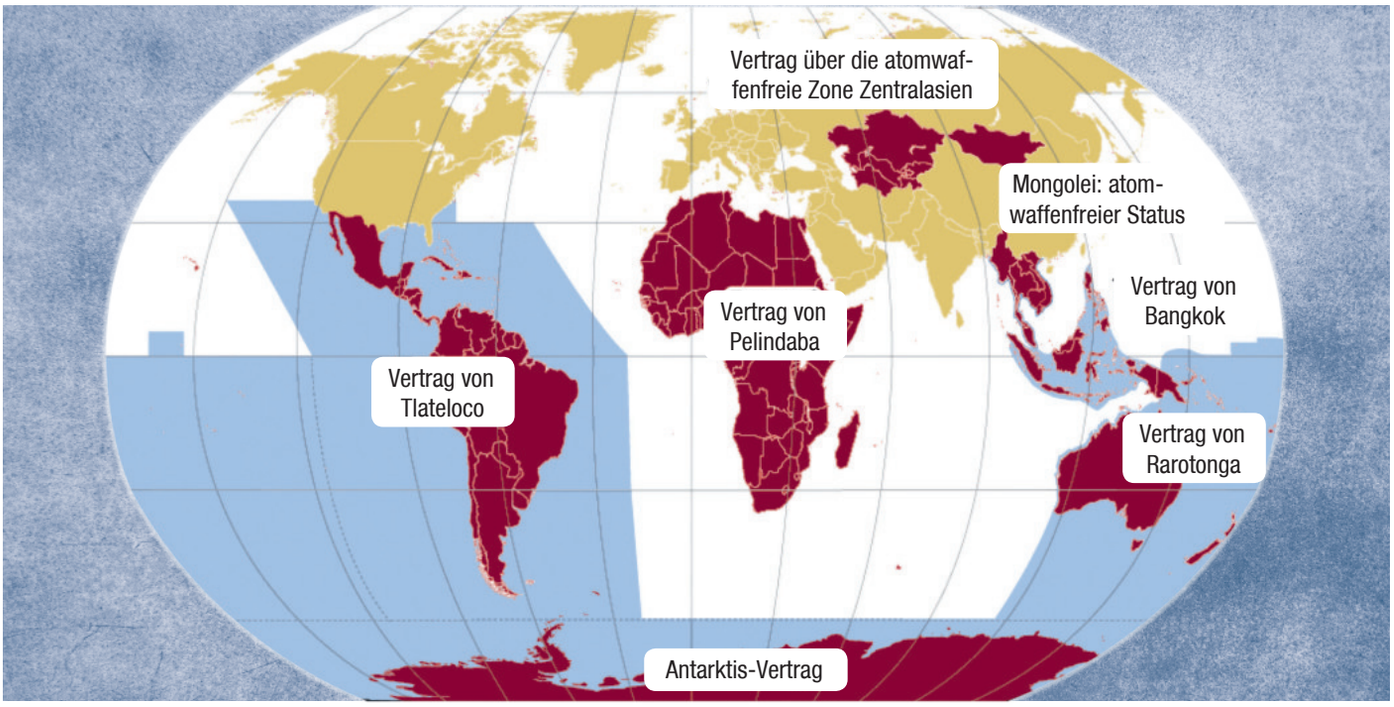
bewahren und „sich um unser gemeinsames Heim zu kümmern“, wie es etwa die katholische Kirche formuliert. Religiöse Akteur*innen sind in unserer Gesellschaft prominent. Sie haben einen Platz in der Diplomatie und aufgrund ihres Zugangs zu hohen Ämtern einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklungen in Politik und Gesetzgebung. Beim Gottesdienst besteht wöchentlich Kontakt zu den Gemeinden. Auch der UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen erkennt in seiner Präambel die Bemühungen religiöser Persönlichkeiten um die humanitären Prinzipien an. Um religiöse Akteur*innen in ihrem Engagement zu bestärken, weisen wir sie darauf hin, dass ein wegweisender Vertrag wie das Atomwaffenverbot ihre Arbeit explizit anerkennt.

Wie hat sich das Engagement religiöser Akteur*innen entwickelt?

Im Jahr 2014 fand in Nairobi (Kenia) ein erster runder Tisch mit jungen Führungspersönlichkeiten aus sieben Ländern statt. Junge Menschen sind Teil unserer Kampagnen, denn sie haben ein großes Potenzial, andere für die politische Arbeit zu begeistern. Im Jahr 2015 durchliefen religiöse Akteur*innen, Frauen und junge Menschen eine Fortbildung in Addis Abeba (Äthiopien). Wir veröffentlichten eine erste Erklärung, in der wir religiöse Führungspersönlichkeiten aufforderten, sich hier zu engagieren und ein Verbot von Atomwaffen zu fordern.

Mit den Verhandlungen über einen solchen UN-Vertrag konnten wir Religionsführer*innen deutlich machen, dass Atomwaffen auch ein afrikanisches Anliegen sind und dass sie schwerwiegende Auswirkungen auf unseren Kontinent haben.

Die Verhandlungen der „Offenen Arbeitsgruppe“ der UN („Open-ended Working Group“), die das Atomwaffenverbot vorbereitete, haben 2016 umfangreiche Sensibilisierungen für das Engagement von Glaubensführer*innen in ihren Gemeinschaften und auch Regierungen beinhaltet. Auch bei den UN-Verhandlungen 2017 ging es um die Sensibilisierung für das Engagement von Glaubensführer*innen in ihren Gemeinden und auch Regierungen. Seitdem haben wir die Position Afrikas und die Erklärung der UN als Instrumente genutzt, um bei religiösen Akteur*innen für die Unterstützung des Atomwaffenverbotsvertrages zu werben. Inzwischen sind 22 Interreligiöse Räte aus den einzelnen afrikanischen Staaten aktiv an diesem Prozess beteiligt. Im Mai 2018 verabschiedeten die Akteur*innen bei einem regionalen Treffen eine gemeinsame afrikanische Erklärung zur nuklearen Abrüstung, in der sie auf die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages drängten.



Grafik: Linnet Ng'ayu

Wie arbeitet Religions for Peace?

Religions for Peace arbeitet mit Institutionen auf vielen verschiedenen Ebenen zusammen, unter anderem mit der Afrikanischen Union, mit zwischenstaatlichen Organisationen, regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und Parlamentsabgeordneten. Wir sprechen mit hochrangigen Diplomat*innen, aber auch mit regionalen und lokalen Vertreter*innen.

Auf dem ganzen Kontinent organisieren wir gemeinsame Gebetstage für die Abrüstung, den nächsten zum Beispiel am 26. September 2020. Unsere Themen wie Humanitäre Abrüstung, Divestment und die Ächtung von Atomwaffen fließen in die Predigten und Gottesdienste ein. Da auch politische Entscheidungsträger*innen Gotteshäuser besuchen, erreichen wir sie auf diese Art und Weise mit unseren Botschaften. Es ist Teil unseres Programms, Frauen und junge Führungspersonen verstärkt anzusprechen. Das Thema Abrüstung bietet ihnen Gelegenheit, gesehen und gehört zu werden. Des weiteren stellen wir Glaubensakteur*innen Materialien zur Verfügung. Das Handbuch, das Religions for Peace bereits zum Thema Streumunition angeboten hatte, war für uns auch beim Verbot von Atomwaffen sehr hilfreich. Deshalb haben wir für religiöse Akteur*innen 2013 ein globales Handbuch zum Thema „nukleare Abrüstung" erstellt.

Welches sind besondere Herausforderungen für Ihre Arbeit?

Atomare Abrüstung scheint in Afrika zunächst keine Priorität zu haben, da der Kontinent bereits eine atomwaffenfreie Zone ist. Viele Menschen haben vielleicht den Eindruck, dass wir nicht betroffen sind. Das ist eine Herausforderung, aber auch eine Chance. Wir versuchen, ein Bewusstsein zu schaffen, dass es sich um einen stetigen internationalen Prozess handelt – und dass unsere politischen Entscheidungsträger*innen involviert sein müssen. Wir erinnern an die französischen Atomtests in Algerien und versuchen die gravierenden, globalen Auswirkungen von Atomexplosionen auf die Ernährung und das Klima aufzuzeigen. Wir versuchen, den politischen Entscheidungsträger*innen zu erklären, dass der AVV ähnliche Regelungen wie der Vertrag von Pelindaba enthält – und dass es wichtig ist, über den Vertrag von Pelindaba hinaus auch das Atomwaffenverbot zu ratifizieren. Es gibt in Afrika oftmals ein Misstrauen gegenüber internationalen Instrumenten, das wir versuchen zu überwinden.

Linnet Loise Wairimu Ng'ayu ist Beraterin des 'African Council of Religious Leaders – Religions for Peace' in Kenia. Sie koordiniert die Arbeit des Rates im Bereich der humanitären Abrüstung und führt die Lobbyarbeit auf regionaler und internationaler Ebene an. Außerdem ist sie Mitglied von Control Arms und ICAN.

4. ZWISCHEN ZWEI ATOMWAFFENSTAATEN

Nirmal Upreti zur Situation Nepals

Nepal ist ein wunderschönes Land im Himalaya, der Geburtsort von Buddha und Heimat des höchsten Gipfels der Welt, des Mount Everest – und es ist von zwei kolossalen Nachbarn umgeben: China und Indien. Beide haben weltweit großen Einfluss auf Handel, Wirtschaft, Kultur und globale Sicherheit. Beide Länder leisten auch einen bemerkenswerten Beitrag zur wirtschaftlichen und infrastrukturellen Entwicklung Nepals.

Nepal hat eine geschichtsträchtige Beziehung zu beiden Ländern, die alle möglichen Aspekte betrifft; sei es Handel, Kultur oder Religion. So offenbaren die Geschichte und die heiligen Schriften die Familienbeziehungen, die zwischenmenschlichen Bindungen, das Wertesystem und die Verbindung zwischen der nepalesischen und der indischen Gesellschaft. In ähnlicher Weise entwickelten sich die Beziehungen zwischen Nepal und China vor dem fünften Jahrhundert. Die Heirat der nepalesischen Prinzessin Bhrikuti mit dem König von China (7. Jh.) und die Anwesenheit des nepalesischen Künstlers Araniko (13. Jh.) bezeugen diese Beziehungen ebenfalls. Die Ausübung des Buddhismus in Nepal, Indien und China und die Achtung des Geburtsortes Buddhas durch die Menschen in China und Indien zeugen ebenfalls von unserer Verbundenheit und unserem Respekt füreinander. In der Neuzeit formalisierten Nepal und China ihre Beziehungen mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 1. August 1955. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Nepal und Indien wurden am 17. Juni 1947 aufgenommen. Nepal und Indien arbeiten in verschiedenen Foren und Netzwerken zusammen, z.B. in der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC), der Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation (BIMSTEC), der Joint Ministerial Commission for Water Resources (JMCWR), Inter-Governmental Committee (IGC), Bangladesh, Bhutan, India, Nepal (BBIN) Initiative, usw. In ähnlicher Weise kooperieren Nepal und China im Rahmen verschiedener Formate und Plattformen, wie z.B. dem Nepal-China‘s Tibet Trade Facilitation Committee (NTTFC), dem Joint Tourism Co-ordination Committee, der Belt and Road Initiative, der SAARC, dem Asia Cooperation Dialogue, der Shanghai Cooperation Organization (SCO), etc. In verschiedenen Plattformen sind Nepal, China und Indien auch gemeinsam aktiv, z.B. in verschiedenen UN-Foren oder regionalen Formaten zu gemeinsamen Themen. Die Grundprinzipien unserer Außenpolitik sind gegenseitiger Respekt für territoriale Integrität und Souveränität, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten,

Gleichberechtigung und Gewaltverzicht sowie die friedvolle Beilegung von Konflikten, beständiges Bekenntnis zur Charta der Vereinten Nationen und die Achtung des Weltfriedens. Sie zielen auch darauf ab, zu Frieden, Harmonie und Sicherheit in der Welt beizutragen. Was die Außenpolitik anbelangt, so steht Nepal fest zur Ein-China-Politik und verpflichtet sich auch, nicht zuzulassen, dass sein Boden für feindselige Aktivitäten gegen China genutzt wird. Obwohl zwischen Indien und Nepal Freizügigkeit herrscht, wird beiderseits respektiert, dass das jeweils andere Land nicht für Sicherheitsbedrohungen irgendeiner Art genutzt wird. Daher können wir diesbezüglich sagen, dass Nepal neutrale Beziehungen zu beiden Nachbarn pflegt.

Der Einsatz Nepals für Frieden und Sicherheit in der Welt und der Region wird durch sein Engagement bei den UN-Friedensmissionen verdeutlicht – Nepal steht durch seinen Beitrag von Truppen und Polizei seit Anfang 2020 auf Platz vier der weltweiten Liste.[2] Nepals Wunsch nach nationaler Integrität, Souveränität und regionalem Frieden lassen sich an Nepals im Februar 1975 gemachten Angebot an die Welt messen: Nepal als „Zone des Friedens“ zu begreifen. Nepal setzt sich für eine „allgemeine und vollständige Abrüstung aller Massenvernichtungswaffen, einschließlich biologischer, chemischer, nuklearer und radiologischer Waffen auf zeitgebundene Weise“ ein. Als Vertragspartei des Atomwaffenverbotsvertrags und des Chemiewaffenübereinkommens sowie Unterzeichner des Kernwaffenteststopp-Vertrags hat sich Nepal für die Förderung der Abrüstung, insbesondere der nuklearen Abrüstung, eingesetzt. Nepal steht ein für die „Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und unterstützt den baldigen Abschluss eines Vertrags über das Verbot der Produktion von spaltbarem Material (FMCT)“. Die nepalesische Regierung unterstützt die Einrichtung „nuklearwaffenfreier Zonen“ als einen positiven Schritt in Richtung einer atomwaffenfreien Welt.

Die Bemühungen Nepals für den regionalen und globalen Frieden lassen sich anhand verschiedener Initiativen veranschaulichen. Wir befinden uns aufgrund unserer geopolitischen Lage zwischen zwei Riesennationen mit schnell wachsender Wirtschaft und globaler Macht an einem lebhaften Kreuzungspunkt, der die Aufmerksamkeit des Westens auf sich gezogen hat, insbesondere auch das US-Interesse – das gleichzeitig in der Aufrechterhaltung der Vormachtstellung über beide Länder liegt. Andererseits sehen sich China und Indien nach den jüngsten Spannungen im Galwan-Tal und den Grenzstreitigkeiten von 1962 gegenwärtig als Konkurrenten und haben einen Mangel an gegenseitigem Vertrauen. Derzeit berichten verschiedene Medien, dass Indien chinesische Apps und Waren verboten hat, nachdem sich die Spannungen im Grenzgebiet ausgeweitet hatten. Die militärischen Vereinbarungen beider Länder und die Lieferung von fünf neuen Rafale-Kampfflugzeugen aus Frankreich für die indische Luftwaffe inmitten der Grenzspannungen haben einen möglichen Krieg ebenfalls angeheizt. Die Beziehungen der USA zu Indien sowie Chinas zu Pakistan und die häufigen Konflikte zwischen Indien und Pakistan erschweren auch das Verhältnis der beiden Atommächte zueinander. All diese Umstände haben in der südasiatischen Region ein Gefühl der Unsicherheit geschaffen.

Die Binnenlage Nepals und seine wirtschaftliche Abhängigkeit von Indien und China haben das Land in eine sehr heikle Lage gebracht, wenn es zu Spannungen zwischen den Nachbarländern kommt. Der indische Verteidigungsminister hat im Mai 2020 eine Straße

Foto: Pixabay

2 https://www.thehindu.com/news/national/new-road-to-kailash-mansarovar-runs-into-diplomatic-trouble/article31545943.ece

Richtung Mount Kailash/Lake Manasarovar, die auch über nepalesisches Gebiet führt, eingeweiht. Dies hat einen sonst verdeckten Grenzstreit zwischen Indien und Nepal offenbart.[3] Verdächtigungen indischer Diplomat*innen angesichts der nepalesischen Haltung gegenüber China und das chinesische Gefühl der Bedrohung hinsichtlich einer möglichen Nutzung nepalesischen Landes in der sensiblen Autonomen Region Tibet (TAR) sprechen dagegen, ein vertrauensvolles nachbarschaftliches Verhältnis als absolut zu sehen. Wir haben also nicht nur selbst ungünstige Ausgangsbedingungen. Gleichzeitig stehen wir in der Pflicht, die Spannungen zwischen unseren Nachbarn zu minimieren. Dies kommt einer Herkulesaufgabe gleich, da beide Länder nicht daran interessiert scheinen, ihre Atomwaffenkonkurrenz auch nur zu verringern. Die Rivalität zwischen China und den USA und Indien und Pakistan resultiert in einer beständigen Gefahr für einen Einsatz von Atomwaffen.

Aus einem Forschungsbericht geht hervor, dass ein chinesischer Nuklearexperte argumentierte, Indiens kleines Arsenal könne zwar abschrecken, es bestehe aber eine qualitative Kluft zu China. Die eigene Überlegenheit bei militärischen Fähigkeiten aufrechtzuerhalten, trägt entscheidend zu Chinas Sicherheitsgefühl gegenüber Indien bei. Auf der anderen Seite argumentierten hochrangige indische Diplomat*innen im Ruhestand nach dem Grenzkonflikt vom Juni 2020, dass der Konflikt das „Ende eines Kapitels in den Beziehungen“ markiere und dass „die gesamte Architektur [der Grenz- und Militärabkommen zwischen China und Indien] zusammengebrochen“ sei, mit „sehr schwerwiegenden Auswirkungen“. In Anbetracht der divergierenden Standpunkte beider Seiten kann das Risiko eines möglichen Krieges nicht völlig ausgeschlossen werden. Die einhegenden Effekte der wirtschaftlichen Verflechtungen könnten nachlassen und die Beständigkeit der nuklearen No-First-Use-Politik beider Länder wird international zunehmend auf den Prüfstand gestellt.[4] Nepal hat zwangsläufig Beziehungen zu den beiden Nachbarländern. Wir sind in vielen Fragen wie Handel, Kultur, Religion und Sicherheit voneinander abhängig. Zwar ist Nepal ein kleines Entwicklungsland zwischen zwei Großmächten, doch geopolitisch befinden wir uns an einem entscheidenden Schnittpunkt der beiden Nachbarn. Nepals Neutralität darf mit Blick auf den Frieden, die Sicherheit und die regionale und globale Stabilität in dieser modernen Ära der Globalisierung und der nuklearen Machtspiele nicht vernachlässigt werden. Nepal, das einen gewaltigen Beitrag zur UNO-Friedensmission geleistet hat und über eine erfolgreiche Bilanz seines Engagements für die globale Sicherheit verfügt, kann in diplomatischer und technischer Hinsicht eine entscheidende Rolle für den Frieden und die Sicherheit in der Welt spielen. Als Vertragspartei und Unterzeichner von NPT, CWÜ, CTBT und AVV kann Nepal moralisch und aufrichtig daran arbeiten, die Sorgen über die Bedrohung der Sicherheit durch einen mit Atomwaffen ausgetragenen Wettstreit weltweit und in der eigenen Region auszudrücken. Nepal kann regionale Foren und bilaterale Treffen zwischen den Nachbarländern nutzen, um diese zu ermutigen, den Frieden in der Region zu wahren und den Einsatz von Atomwaffen unter allen Umständen zu verhindern. Nepal kann als Vermittler agieren, um die Spannungen zwischen China und Indien abzubauen. Machen wir uns dazu die Worte des früheren indischen Premierministers Atal Bihari Vajpayee zu eigen – er sagte, dass „wir Freunde wechseln können, Nachbarn aber nicht“. Da Nepal beidseitig Vertrauen genießt, kann es proaktiv sinnvolle Vorschläge machen, um die Sicherheit und den Frieden in der Region – und sich selbst – zu erhalten. Solange Nepal das totale Vertrauen der Nachbarn genießt, kann es einen neuen Diskurs für die Sicherheit, den Frieden und die Zusammenarbeit in der Region initiieren. Zuvor diskutierte Punkte, von der Vergangenheit bis zur Moderne, mit einer veränderten globalen Machtpolitik, drängen Nepal in der gegenwärtigen Situation, diese Rolle einzunehmen. Darüber sollten wir nicht vergessen, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen (AVV) so früh wie möglich zu ratifizieren, um moralischen Druck auf unsere Nachbarn auszuüben und die Atomwaffenkonkurrenz abzubauen.

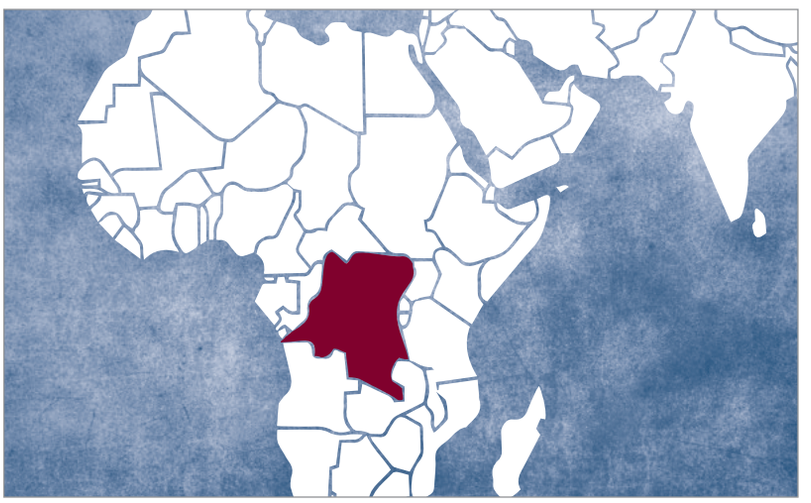
Nirmal Upreti ist Präsident der NGO Forum for Nation Building Nepal, die sich für eine nachhaltige und ganzheitliche Entwicklung Nepals und in diesem Kontext auch gegen Atomwaffen einsetzt.

3 https://carnegieendowment.org/2020/08/19/at-crossroads-china-india-nuclear-relations-after-border-clash-pub-82489

4 ebd.

5. ERFOLGREICHE ANSÄTZE ZUR NUKLEAREN ABRÜSTUNG

Rodrigue Muganwa Lubulu über den Kampf für eine atomwaffenfreie Welt



„Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind lebt unter einem nuklearen Damoklesschwert, das an den dünnsten Fäden hängt und jederzeit durch einen Unfall, eine Fehleinschätzung oder Wahnsinn durchtrennt werden kann. Die Waffen des Krieges müssen abgeschafft werden, bevor sie uns abschaffen."

Das sagte US-Präsident John Kennedy in seiner Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September 1961. Natürlich sind alle Waffen auf der Welt furchterregend und nutzlos, aber man muss anerkennen, dass Atomwaffen die unmenschlichsten, zerstörerischsten und teuflischsten Waffen sind, die je von Menschenhand hergestellt wurden. Eine einzige Atombombe, die über einer Großstadt gezündet wird, könnte in Sekundenschnelle Millionen Menschen töten, und niemand kann kontrollieren, wie weit sich der radioaktive Fallout ausbreitet oder wie lange er nachwirkt.

Die Gefahren eines internationalen Atomkonflikts sind heute ernster und unvorhersehbarer als je zuvor: Auf der Welt gibt es fast 13.400 Atomwaffen. Die überwiegende Mehrheit davon befindet sich im Besitz der Vereinigten Staaten und Russlands. Mindestens 2.000 Atomraketen sind in hoher Alarmbereitschaft und könnten sofort gegeneinander abgeschossen werden. Abgesehen davon, dass die USA und Nordkorea sich weiterhin wie Katz und Maus beobachten, birgt der Konflikt zwischen Indien und Pakistan um die Region Kaschmir eine echte Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes. Darüber hinaus darf man China nicht aus den Augen verlieren – einen weiteren sehr wichtigen nuklear bewaffneten Staat, der seine Muskeln im Südchinesischen Meer spielen lässt. Ist eine atomwaffenfreie Welt in naher Zukunft möglich? Um diese entscheidende Frage zu beantworten, sollten die folgenden Ansätze beachtet werden.

Aufklärung und starke Kampagnen

Jedes Individuum, dem das Wohlergehen und die Zukunft unseres Planeten am Herzen liegen, ist dafür verantwortlich, den Prozess der Zerstörung der Menschheit durch Atomwaffen zu stoppen. Niemand kann das alleine bewältigen. Deshalb ist es wichtig, sich Organisationen der Zivilgesellschaft anzuschließen, die sich für das Thema engagieren. Einerseits müssen wir das Bewusstsein der Menschen schärfen, indem wir den unmenschlichen und teuflischen

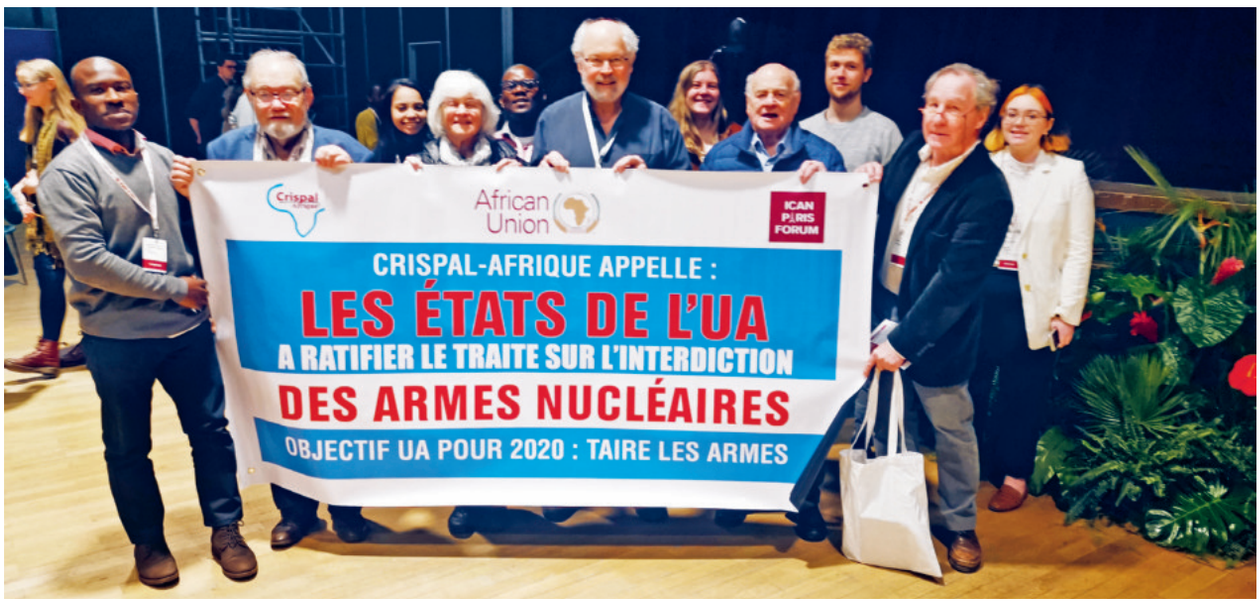


Foto: Crispal Afrique

Charakter dieser Waffen und die katastrophalen humanitären und ökologischen Folgen hervorheben, die sich aus jedem Einsatz von Atomwaffen ergeben und vor denen sich kein Staat schützen kann.

Andererseits müssen wir auch die Verschwendung von Milliarden von US-Dollar für diese Massenvernichtungswaffen anprangern, während in den Krankenhäusern nicht genügend Betten und Beatmungsgeräte zur Verfügung stehen, um angemessen mit der Covid-19 Pandemie umzugehen. Allein im Jahr 2019 haben die USA, China, das Vereinigte Königreich, Russland, Frankreich, Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea 72,9 Milliarden US-Dollar an Steuergeldern für die Zerstörung der Welt und den Tod ausgegeben. Wir müssen uns engagieren und dem bewundernswerten Beispiel der Hibakusha folgen, um für die Menschen einzutreten, die wir lieben und die wir gerne in einer Welt ohne Atomwaffen leben sähen. Dazu müssen wir Druck auf unsere politischen Amtsinhaber*innen ausüben – sie müssen die Ratifizierung des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen, um der Menschheit willen, zur Priorität machen.

„Es kommt auf Menschen wie mich und Sie an, dass wir uns gegen diese Waffen und die Anführer*innen stellen, die die Welt damit bedrohen," sagte Koko Kondo, Überlebende der Bombe von Hiroshima.

Inkrafttreten des Atomwaffenverbots

Um zu verhindern, dass der Verbotsvertrag, insbesondere mit Blick auf die Implementierung, nicht in die gleiche Falle wie andere Abrüstungs- oder Rüstungskontrollverträge tritt, müssen auch die Atomwaffenstaaten unbedingt beitreten. Anderenfalls würde der Verbotsvertrag das Schicksal des Atomwaffensperrvertrags teilen – trotz seines verbindlichen Charakters und all der mit ihm verbundenen Hoffnung auf eine atomwaffenfreie Welt.

Verbot des Uranabbaus

„Es braucht keinen Krieg, damit Atomwaffen Menschen schaden. Die wahre Geschichte von Atomwaffen liegt in der Umweltverschmutzung und der Ausbeutung von machtlosen Gemeinschaften," schrieb Ward Wilson in seinem Artikel „The Human Cost". Der Uranabbau ist einer der wichtigsten Schritte im Prozess der Herstellung von Atomwaffen. Uranbergwerke sind nicht nur für die Arbeiter*innen, die die radioaktive Substanz ausgraben, und die Anwohner*innen, sondern auch für die Umwelt sehr schädlich. Von 1908 bis 1960 wurde die Demokratische Republik Kongo (DRK) von Belgien kolonialisiert. 1915 wurde das reichste Uranvorkommen der Welt in „Shinkolobwe" entdeckt, einem kleinen Dorf im Südosten des Landes. Das Material in der Mine beinhaltete durchschnittlich 65 Prozent Uranoxid, im

Gegensatz zum amerikanischen oder kanadischen Erz, das mindestens ein bis drei Prozent Uranoxid enthielt. Zwischen 1921 und 1959 wurde die gesamte Produktion der Shinkolobwe-Mine in die Vereinigten Staaten exportiert, um das makabre Unterfangen namens „Manhattan-Projekt“ zu unterstützen. Über 70 Prozent des Urans, das die Hiroshima-Bombe antrieb, stammte aus der Shinkolobwe-Mine.

Während solche und ähnliche Entdeckungen die Belgier*innen erfreuten, war dies für die wehrlosen örtlichen Gemeinden ein Fluch. Sie wurden gezwungen, ihr Land, ihre Häuser und Felder zugunsten des Uranabbaus aufzugeben. Die Männer wurden gezwungen, diese radioaktiven Materialien ohne angemessene persönliche Schutzausrüstung abzubauen. Viele starben aufgrund der Strahlenbelastung an Krankheiten. Ein Kollege berichtete mir, dass einer der ehemaligen Arbeiter der Shinkolobwe-Mine einen Teil seines Gehirns aus seiner Nase ragen sah, als er noch lebte.

Einige Fälle von Missbildungen, Geburtsfehlern und schweren Krankheiten aufgrund der Uranbelastung treten in dieser armen Gemeinde rund um das Bergwerk auch heute noch auf. Das Bergwerk wurde im Januar 2004 durch einen Präsidialerlass offiziell geschlossen. Nach der Schließung wurden jedoch mehrere Fälle illegaler Ausbeutung gemeldet und es wurden sogar einige radioaktive Erze mehrmals von tansanischen Zollbeamt*innen beschlagnahmt. Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Drohungen einer Wiedereröffnung immer noch schwer wiegen, da das Bergwerk sowohl beim französischen Konzern Areva SA als auch bei den Chinesen sehr begehrt ist.

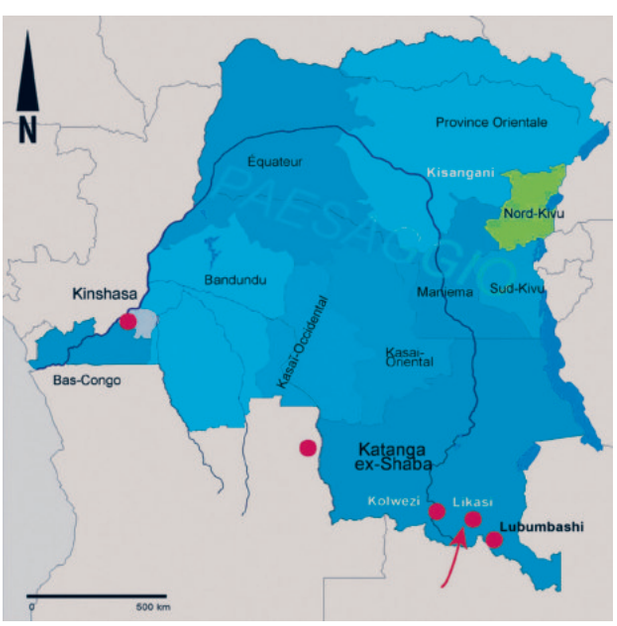
Liebe und Verständnis

Die Verbreitung von Kernwaffen in der Welt wird nur durch Egoismus und Angst gerechtfertigt, aber es gibt keine Schwierigkeit, die nicht durch genug Liebe überkommen werden kann. Keine Tür, die genug Liebe nicht öffnen kann. Keine Mauer, die genug Liebe nicht niederreißen kann. Wenn wir einander lieben können, werden Atomwaffen oder andere Waffen keinen Platz in unserer schönen Welt haben. Das Ende von Kriegen, Rassismus, rassistischer Ideologie, Ungerechtigkeit und Egoismus ist Liebe. Lasst uns einander lieben und die Atomwaffen abschaffen. Die Menschheit verdient Leben, Liebe, Güte und nicht Zerstörung. Wie alle anderen Waffen auf dieser Welt sind Atomwaffen unmenschlich und müssen beseitigt werden.

Rodrigue Muganwa Lubulu engagiert sich gegen Atomwaffen und ist Leiter von CRISPAL Afrique, einer Organisation aus der Demokratischen Republik Kongo, die sich für Rüstungskontrolle einsetzt.

Foto: IRIN/OCHA

Illegaler Uranbbau, Unfälle, radioaktive Verseuchung: Die Shinkolobwe-Mine



Grafik: Rodrigue Muganwa Lubulu

6. DIE „KLEINEN“ PAZIFISCHEN INSELN

Vanessa Griffen über Empowerment und die Rolle der marginalisierten Staaten bei der Abrüstung und beim Voranbringen des Atomwaffenverbotsvertrags

Die „kleinen“ pazifischen Inseln und Völker hatten lange eine außergewöhnliche Verbindung zu Atomwaffen, ohne ein Mitspracherecht zu haben. Als Territorien oder Kolonien der nach dem Zweiten Weltkrieg atomar aufrüstenden Staaten wie den USA, Großbritannien und Frankreich wurden die kleinen Atolle im Pazifischen Ozean für die Atomwaffentestprogramme dieser Länder genutzt.

Die USA testeten Mitte der 1940er bis Anfang der 1950er Jahre auf den Marshallinseln (Teil des UN-Treuhandgebiets, das den USA überlassen wurde) Atomwaffen. Weitere Tests der USA und Großbritannien fanden auf den Inseln im heutigen Kiribati statt und auch Frankreich nutzte seine Kolonie Maohi Nui (Französisch-Polynesien) dreißig Jahre lang, von 1966 bis 1996, für atmosphärische und unterirdische Tests. Alle diese Atomtests haben bis heute Auswirkungen auf die Gesundheit und die Umwelt.

Zahl der Atomtests im Pazifik

USA	**1946-58**	**Eniwetok** (Marshallinseln)	**43**
		Bikini (Marshallinseln)	**23**
	1960er	**Kiritimati/Weihnachtsinsel**	**24**
		Johnston-Atoll	**12**
		Pazifischer Ozean	**4**
UK	**1952-57**	**Maralinga** (Australien)	**7**
		Monte Bello (Australien)	**3**
		Emu Field (Australien)	**2**
		Kiritimati/Weihnachtsinsel	**6**
		Malden Island	**3**
FR	**1960-96**	**Moruroa** (Franz. Polynesien)	**81**
		Fangataufa (Franz. Polynesien)	**12**

Widerstand gegen Atomtests

In den 1970er Jahren lernte ich als studentisches Mitglied der Bewegung für einen atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik (NFIP) das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die Tests kennen. Mit ICAN habe ich diesen Aktivismus neu betrachtet und mich mit aktuell wirksamen Strategien, um auf die Gefahr durch Nuklearwaffen aufmerksam zu machen, auseinandergesetzt.

Die Bewegung für einen atomwaffenfreien und unabhängigen Pazifik war ein pazifikweites Netzwerk, an dem viele Länder, Kulturen und Völker beteiligt waren. Geeint waren sie im Widerstand gegen die Tests, insbesondere während der langen Zeit der französischen Atomtests. Die Bewegung wurde angeführt von Kirchen, Studierenden- und Frauenorganisationen, Gewerkschaften, regionalen Institutionen wie der University of the South Pacific und Frauenorganisationen wie der Young Women‘s Christian Association. Pazifische Führungspersönlichkeiten nutzten nach der Unabhängigkeit ihre staatlichen Stimmen in den Vereinten Nationen, um sich gegen Atomwaffentests auszusprechen.

Obwohl sich viele pazifische Akteure gegen Atomwaffentests einsetzten, konnten wir die Atomtests nicht stoppen. Klagen gegen die Tests vor dem Internationalen Gerichtshof führten zu Urteilen, die nicht umgesetzt wurden. Bis zum Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags gab es kein internationales Rechtsinstrument, das verurteilte, was die pazifischen Inselbewohner*innen erlebten – die moralischen, ethischen und humanitären Auswirkungen von Atomwaffen.

Die Menschen auf den Marshallinseln, Kiribati und Maohi Nui haben diese humanitären Konsequenzen selbst erfahren. Es kam zu Todesfällen und Krankheiten bei der pazifischen Bevölkerung, einschließlich der indigenen Bevölkerung in Australien. Auf pazifischen Frauenkonferenzen hörten wir von den gesundheitlichen Auswirkungen der Atomtests auf Frauen. Frauenorganisationen in Fidschi und anderen pazifischen Ländern machten die Atomtests und die Hinterlassenschaft der Atomtests international zu einem wichtigen Thema.
Die Humanitäre Initiative gegen Atomwaffen, die ICAN-Kampagne und schließlich der Atomwaffenverbotsvertrag, welcher die Auswirkungen und humanitären Folgen anerkannte, sprachen nun endlich das an, was viele von uns wussten: dass Atomwaffen keine Existenzberechtigung haben. Wir können nicht aus Gründen der Verteidigung oder Sicherheit für den Einsatz von Atomwaffen argumentieren, denn ihre Auswirkungen stellen eine existenzielle Bedrohung für jeden Menschen und das Leben auf unserem Planeten dar.

Lehren aus der pazifikweiten Anti-Atomkraft-Bewegung

1. Politischer Wille, Verantwortung und Solidarität sind wichtig. Selbst kleine Gruppen von Menschen in Ländern mit wenig oder gar keiner Kommunikation können eine mächtige Stimme sein. Das haben die Völker und Führer*innen der pazifischen Inseln gezeigt. Obwohl viele Bewohner*innen der pazifischen Inseln und Opfer von Atomtests unter fremder Herrschaft in Kolonialgebieten lebten, leisteten sie starken Widerstand gegen das Recht externer, mächtiger Staaten, Atomtests in ihrer pazifischen Heimat und Umwelt durchzuführen – und beides dauerhaft radioaktiv zu schädigen.

Viele dieser Proteste hatten keinen Einfluss auf die Teststaaten. Die Stimmen wurden nicht gehört. Frauen aus Palau gingen später in den US-Kongress, um gegen die Militarisierung ihrer Inseln zu protestieren. Anführer*innen der Maohi Nui mussten ins Exil und ins Gefängnis, weil sie gegen die französischen Tests im Pazifik protestierten. Im Jahr 2021 ist Maohi Nui immer noch eine französische Kolonie, und die Menschen in Französisch-Polynesien leiden immer noch unter den Auswirkungen der Atomtests.

Pazifische Inselbewohner*innen aus der ganzen Region schlossen sich gegen französische Atomtests zusammen. Diese einheitliche Position wird auch jetzt, 50 Jahre nach den Tests, zum Ausdruck gebracht, da viele unabhängige Pazifikstaaten für die Annahme und Ratifizierung des AVV gestimmt haben. Als Vertragsstaaten können die pazifischen Inselstaaten nun gemeinsam mit der internationalen Gemeinschaft handeln, um den Prozess der nuklearen Abrüstung voranzutreiben.

Foto: V. Griffen

1970er Jahre: Das Kommittee gegen Atomtests auf Mururoa protestiert in Suva, Fidschi

Vanessa Griffen (rechts) mit Abacca Anjain-Maddison (Marshallinseln, links) und der Hibakusha Setsuko Thurlow bei der Verabschiedung des AVV 2017

2. Nukleare Gerechtigkeit ist ein langer und harter Weg und braucht die Zusammenarbeit der gesamten Zivilgesellschaft der Welt. Im Pazifik besteht auch Jahrzehnte nach den letzten Atomtests ein tödliches nukleares Erbe. Es gibt weiterhin gesundheitliche, soziale, psychologische und ökologische Schäden und Risiken durch die Atomtests. Wir brauchen das gemeinsame Handeln aller Regionen der Welt, damit sich weitere mächtige Staaten dem AVV anschließen.

Alle Stimmen sind wichtig. Wir brauchen die Zivilgesellschaft der Atomwaffenstaaten und ihrer Verbündeten, um ihre Länder an die humanitären Folgen der Atomtests und das Verbot dieser Waffen zu erinnern. Wir alle sind stärker, wenn wir zusammenarbeiten. Wir brauchen jetzt auch die mächtigen Staaten, um ihre Rüstungspolitik zu entnuklearisieren. Im fernen Pazifik hatten wir das Gefühl, dass die mächtigen Atomteststaaten sich nicht darum scherten. Und das taten sie wirklich nicht. Staaten, die Verteidigung und Sicherheit immer noch durch Atomwaffen rechtfertigen, müssen aufstehen und die Verantwortung dafür übernehmen, was die Politik ihrer Länder verursacht: ein irreparables Risiko für den Rest der Welt.

3. Die Macht, ein Rechtsinstrument zu haben, das Atomwaffen verbietet. Als wir uns gegen Atomtests einsetzten, gab es überhaupt kein Rechtsinstrument, das Atomwaffen kritisch gegenüberstand. Es wurde als ein Recht mächtiger Staaten angesehen, Atomtests durchzuführen und Schaden anzurichten. Der AVV ändert das. Wir auf den pazifischen Inseln waren nicht in der Lage, Atomtests zu stoppen, doch jetzt können wir an einem größeren Thema arbeiten: der Abschaffung von Atomwaffen.

4. Zusammenarbeit mit Staaten und Regierungen, um Atomwaffen zu beseitigen.
Als ich ICAN 2013 beitrat, wurde mir die lange Geschichte von nuklearer Abrüstung und insbesondere dem Verbot von Atomwaffen bewusst. Was mir auffiel, war die systematische, fokussierte, Stück für Stück erfolgende Herangehensweise an das Verbot von Atomwaffen. Sie wird gleichermaßen von Staaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren geleistet, die innerhalb des UN-Systems, in Ländern und Städten, in wichtigen Organisationen auf der ganzen Welt arbeiten. Es ist eine fortlaufende Arbeit. In einigen Ländern auf vielen Kontinenten herrschen Aufruhr, Armut, Krankheit und Krieg, und ihre Zivilgesellschaften sind nicht in der Lage zu funktionieren oder den Menschen wird keine Rede- oder Versammlungsfreiheit gewährt.

Wir brauchen andere Länder mit mehr Freiheiten und weniger zeitraubenden Überlebensnotwendigkeiten, um für die prinzipielle nukleare Abrüstung in ihren Ländern und in den Machtstrukturen zu arbeiten, die schon immer auf viele andere Teile der Welt eingewirkt ha-

ben. Uns auf den pazifischen Inseln ist bewusst, dass unsere Inselregion immer noch als von kleinen Bevölkerungen bewohnt angesehen wird, die in den Sicherheits- und Verteidigungsplänen der größeren mächtigen Staaten als unsichtbar behandelt wird.

5. Die Wichtigkeit regionaler und internationaler Kampagnen. Die kleinen pazifischen Inselstaaten haben sich der internationalen Gemeinschaft von Staaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen angeschlossen, um die Kampagne zu unterstützen, die zum AVV führte. Mehr zivilgesellschaftliche Organisationen im Pazifik und auf den Fidschi-Inseln sind nun auf die Bedeutung des AVV aufmerksam geworden und unterstützen ihn.

In unserem Teil der Welt haben die kleinen pazifischen Inselstaaten ihre Präsenz als Mitgliedsstaaten in den Vereinten Nationen genutzt, Teil der 122 Staaten zu sein, die für die Annahme des Vertrags gestimmt haben. Neun pazifische Inselstaaten haben den AVV bereits ratifiziert, sie machen also einen großen Anteil der Staaten aus, die das Inkrafttreten ermöglicht haben. Wir wissen, dass sich viele Staaten in Europa noch nicht gegen Atomwaffen als sicherheitspolitisches Instrument wehren. Wir hoffen, dass sich dies ändern wird.

6. Globale Machtgefüge müssen sich ändern und die Atomwaffenstaaten müssen aufhören, unsere menschliche Existenz zu bedrohen. Noch immer wird von einer kleinen Gruppe von Ländern mit Atomwaffen und ihren Verbündeten Macht ausgeübt. Sie unterstützen die nukleare Abschreckung als Form der Sicherheitspolitik. Diese Länder müssen von Bürger*innen aller Generationen, insbesondere der Jugend, daran erinnert werden, dass sie eine globale Sicherheit wollen, die nicht auf Atomwaffen und auf Kosten des Lebens, der Gesundheit und des Überlebens anderer Menschen und des Planeten beruht.

Die Ungerechtigkeit dieser Macht nuklear bewaffneter Staaten muss in Frage gestellt werden. Wir brauchen mehr und neue Akteure, die mit atomwaffenunterstützenden Regierungen sprechen. Sie müssen sie daran erinnern, wie sehr die Entwicklung und der Einsatz von Atomwaffen Menschen, die weit entfernt leben, beeinträchtigen.

Wir auf den Pazifischen Inseln haben gesehen, wie unsere Völker mit den Auswirkungen von Atomtests leben, mit anhaltenden Krebserkrankungen, Totgeburten, Fehlbildungen bei Kindern und einem durch viele Formen von Krebs, verkürzten Leben. Die Unterstützung durch das Gesundheitswesen ist minimal oder unzureichend. Wir wollen nicht, dass dies irgendwo anders geschieht.

Inkrafttreten des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen

Ich sehe das Inkrafttreten des AVV als eine Gelegenheit für neuen Aktivismus und neues, zielgerichtetes Engagement der Zivilgesellschaft auf der ganzen Welt. Es gilt nun, nukleare Abrüstung auch auf der operativen Ebene zu verwirklichen.

Fazit

Alle Staaten können und müssen eine Rolle bei der Ächtung und Abschaffung von Atomwaffen spielen, auch diejenigen, die derzeit Atomwaffen besitzen oder deren Einsatz zu ihrer Sicherheit und Verteidigung unterstützen. Ihre Haltung zu Atomwaffen muss sich ändern. Viele zivilgesellschaftliche Akteure können wirksam einbezogen werden. Der AVV legt nukleare Abrüstung nun vertraglich fest und erklärt Atomwaffen als unmenschlich und illegal. Wir müssen an der nuklearen Abrüstung arbeiten und haben mit dem AVV nun ein wirksames Werkzeug.

Vanessa Griffen ist eine langjährige Anti-Atomwaffen-Campaignerin und Wissenschaftlerin von den Fidschi-Inseln. Sie war aktiv in der Bewegung ATOM (Against Testing on Mururoa) und gründete das Nuclear Free and Independent Pacific Network. In ihrer Forschung konzentriert sie sich auf Genderfragen und die Rolle von Frauen in der Pazifikregion.

Bitte unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!

www.icanw.de/jetztspenden

Spendenkonto: ICAN Deutschland e.V.
Stichwort: ICAN
IBAN: DE58 4306 0967 1180 4469 00
BIC/SWIFT: GENODEM1GLS

ICAN

Gefördert durch:

Brot für die Welt

mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes